

presse

Frauenrechte stärken – UN Women nachhaltig unterstützen

Anlässlich der heutigen Preisverleihung des Deutschen Komitees für die Frauenrechtsorganisation der Vereinten Nationen UN Women erklärt die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Das Deutsche Komitee für die Frauenrechtsorganisation der Vereinten Nationen UN Women verleiht heute eine mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung an die Frauenrechtsorganisation NORMA im Kosovo für ihre herausragende Arbeit für die Stärkung von Frauenrechten. Dazu gratuliert die SPD-Bundestagsfraktion. Es ist höchste Zeit, dass Gewalt gegen Frauen endlich weltweit geächtet und beendet wird, sagt Karin Roth.

Das Deutsche Komitee für die Frauenrechtsorganisation der Vereinten Nationen UN Women verleiht eine mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung an die Frauenrechtsorganisation NORMA (Women's Lawyers Association) im Kosovo für ihre herausragende Arbeit für die Stärkung von Frauenrechten. Die Organisation hat sich in einem Projekt für die Umsetzung der UN-Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" eingesetzt. Norma ist ein Partnerprojekt von UN Women. Die SPD-Bundestagsfraktion gratuliert den Preisträgerinnen und dankt für ihr Engagement und ihre Kraft, die sie für Frauen einsetzen.

Auch elf Jahre nach Verabschiedung der UN-Resolution 1325 leiden besonders Mädchen und Frauen noch immer unter den Folgen von Konflikten. Besonders erschreckend ist, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen immer häufiger als Waffe eingesetzt wird. Das war in großem Ausmaß in den Konflikten auf dem Balken und zuletzt bei den entsetzlichen Massenvergewaltigungen im Ostkongo der Fall. Die Diskriminierung von Mädchen und Frauen muss endlich ein Ende haben. Erst wenn sie als gleichberechtigt wahrgenommen werden, werden sie seltener Opfer von allen Formen von Gewalt und können besser zu Friedensprozessen

beitragen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb: Gewalt gegen Frauen muss endlich weltweit geächtet und beendet werden. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland verstärkt dazu beiträgt, Frauen und Mädchen und deren Gesundheit in Konflikten besser zu schützen. Der finanzielle Beitrag Deutschlands an UN Women ist mit 818.000 Euro beschämend gering. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, bereits für den Haushalt 2012 sieben Millionen Euro bereit zu stellen, um die wichtige Arbeit von UN Women zu unterstützen und verlässlich zu finanzieren. Zudem muss ressortübergreifend ein Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 erstellt werden.

Die durch Vergewaltigungen erlittenen Traumata sind große Entwicklungshemmnisse: Sie wirken weit über das Kriegsende hinaus und destabilisieren ganze Gesellschaften. Zudem haben schwangere Frauen in Regionen, die von bewaffneten Konflikten oder Naturkatastrophen betroffen sind, nur mangelnden Zugang zu Gesundheitsfürsorge: Es fehlt an Verhütungsmitteln, Schwangerenbetreuung und Geburtshilfe. Das Risiko, bei der Geburt zu sterben, ist daher für Frauen in Konfliktzonen besonders hoch. Weltweit ereignen sich über 60 Prozent aller Fälle von Müttersterblichkeit in nur zehn Ländern, neun davon befinden sich entweder im Kriegszustand oder im Wiederaufbau.

Am 31. Oktober 2000 wurde die UN-Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" verabschiedet. Mit der Resolution hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erstmals alle Parteien bewaffneter Konflikte aufgefordert, Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt besser zu schützen und sie stärker bei Friedensvereinbarungen mit einzubeziehen.